

# Meinungen

Kommentar

## Im Lotterbett mit einem Abgedrifteten

Nicolas Rimoldi und seine Bewegung nähern sich rechtsextremen Milieus an – und paktieren zugleich mit Bürgerlichen.

Die Covid-Pandemie wirkt auf vielerlei Ebenen nach. Eine der Langzeitfolgen heisst Nicolas Alexander Rimoldi. Der extravagante Kritiker der Corona-Massnahmen sucht seit dem Ende des Pandemieregimes nach neuen Spielwiesen – und wird nun offenbar im Umfeld von Rechtsextremen fündig. Am Wochenende nahm Rimoldi in Wien an einer Anti-Ausländer-Demo der berühmtesten Identitären Bewegung (IB) teil und posierte für ein Selfie mit IB-Vorzeigefigur Martin Sellner. Diesen Auftritt flankierte er mit Textnachrichten im Internet, in denen er «Remigration» propagiert und vor einem «Angriff globaler Eliten» auf «Identität», «Tradition» und «Kultur» warnt. Die IB-Verschwörungstheorie vom «Grossen Aus-

tausch», wonach (jüdische) «Globalisten» die weisse europäische Bevölkerung durch afrikanische Migranten ersetzen wollen, klingt hier unüberhörbar an. Quasi als Provokation am Rande verbreitete Rimoldi auf der Heimfahrt von Wien noch eine Aufnahme aus Braunau am Inn, dem Geburtsort Adolf Hitlers (wovon er nichts gewusst haben will, wie er später angab).

Rimoldi bringt mit seinen Umtrieben das bürgerliche Establishment in eine peinliche Lage. Im Herbst plant er mit seiner Gruppierung Massvoll den Einzug in den Nationalrat – und in mindestens einem Kanton, nämlich Solothurn, ist es ihm gelungen, mit der SVP eine Listenverbindung einzufädeln. In Luzern könnte er

**Die FDP hat es leider verpasst, der SVP klare Bedingungen zu stellen.**

diesen Coup bald wiederholen. Rimoldis Flirts mit dem transnationalen Rechtsextremismus sind gewissen SVP-Funktionären offenbar nicht Argument genug, auf Abstand zu bleiben. Das ist bedenklich – doch wird vor allem auch die FDP kritisiert, weil sie ihrerseits in verschiedenen Kantonen (allerdings nicht in Solothurn und Luzern) mit der SVP paktiert.

Nun geht es klar zu weit, die FDP deswegen in die Nähe von Rechtsradikalen zu rücken, wie das eine linke Kampagnenorganisation vor ein paar Tagen getan hat. Der Wunsch der Freisinnigen nach bürgerlichen Listenpartnern ist nachvollziehbar und legitim; selbstverständlich müssen ihnen auch Allianzen im rechts-

konservativen Lager offenstehen. Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt bei der «Partnersuche» freilich bekommen sie in diesem Fall nicht so leicht abgestreift.

Listenverbindungen sind schon per se eine problematische Einrichtung. Gegenüber den Wählenden sind sie zu wenig transparent ausgewiesen, und sie verunmöglichen im Grunde eine unverfälschte Willensbekundung. Zu ihren Gunsten lässt sich allenfalls einwenden, dass sie die Chancen kleiner Parteien etwas verbessern. Umso wichtiger ist, dass die Entscheidungsträger davon verantwortungsvollen Gebrauch machen. Die FDP hat es leider verpasst, der SVP klare Bedingungen zu stellen. Jede Zusammenarbeit mit Kräften,

die demokratiefeindlichen, antisemitischen Milieus nahestehen, hätte von vornherein ausgeschlossen werden sollen. Dass sich die Massvoll-Erratiker über kurz oder lang diesen Milieus annähern würden, war absehbar.

Vor seinem Abdriften nach rechts war Rimoldi ein vergleichsweise unauffälliger Jungfreisinniger. Jetzt findet sich die FDP plötzlich indirekt im Lotterbett mit dem Abtrünnigen wieder. Und muss zusehen, wie sie da rauskommt.



Fabian Renz

Gastbeitrag

## Die Bevölkerung in Niger braucht jetzt Unterstützung

Auf den Putsch in Niger antworteten viele Staaten mit Sanktionen. Doch diese treffen die Falschen: die Not leidenden Menschen im ärmsten Land der Welt.

Mahamane Rabilou

Niger steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Menschen leiden bereits seit Jahren unter der Sicherheitskrise und der schwierigen Ernährungslage. Die von der Ukraine-Krise ausgelöste Inflation hat die Situation verschlimmert, und nun kommt die Regierungskrise noch dazu.

Als Reaktion auf den Putsch wurden sehr schnell Sanktionen gegen Niger verhängt. Die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten beschloss in einer Sonder-sitzung, die Grenzen aller Mitgliedsstaaten für Niger zu schliessen, obwohl unser Land und seine Bevölkerung auf den Import der Grundnahrungsmittel angewiesen sind. Auch die Finanztransaktionen wurden ausgesetzt, einschliesslich Erdölprodukte, Strom, Waren und Dienstleistungen.

Leider erhöhen diese Sanktionen in erster Linie die Not der Menschen, obwohl sie bereits sehr geschwächt sind. Niger liegt in der Sahelzone und ist das ärmste Land der Welt. Der Klimawandel führt jedes Jahr zu Ernährungskrisen mit Dürren in einigen Gebieten und Überschwemmungen in anderen.

Seit Einführung der Sanktionen sind die Preise explodiert. In nur wenigen Tagen ist der Preis für einen Sack Reis von 10'500 auf 13'000 CFA-Francs gestiegen, was 24 Prozent Inflation bedeutet. Schlimmer noch: Viele NGOs erwägen die Einstellung ihrer Projekte, weil die Geldgeber nicht mehr bezahlen. Dabei ist unser Land von dieser Unterstützung abhängig, denn sie baut in der Bevölkerung Resilienz gegenüber den Sicherheitsdefiziten und der Klimakrise auf.



«Emotionaler Schock»: Expats warten am Flughafen darauf, dass man sie aus dem Land bringt. Foto: AFP

Das bedeutet für die Menschen: Der Zugang zu Nahrung wird extrem schwierig. In einigen Orten, wo Swissaid tätig ist, erleben wir eine lang anhaltende Dürre in Verbindung mit starken Regenfällen. Die Bauern befürchten Ernteausfälle, wie auch schon im letzten Jahr. 2022 waren über vier Millionen Menschen von dieser Mangel- und Unterernährung betroffen, dieses Jahr dürften es mindestens drei Millionen sein. Hinzu kommt, dass aufgrund einer lang anhaltenden Dürre in der zweiten Julihälfte ein besorgniserregender Trend zum Verlust der diesjährigen Ernte zu beobachten ist.

Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen und verstehen das radikale Verhalten der

internationalen Gemeinschaft nicht, in einem Land, in dem manche Familien mit weniger als einem Schweizer Franken pro Tag auskommen müssen. Die Rückführung von Expats in ihre Heimatländer versetzt der Bevölkerung – sie ist bekannt für ihre Gastfreundschaft – einen emotionalen Schock. Die Schweiz darf als langjährige und wichtige Partnerin unter keinen Umständen dem Beispiel anderer Länder folgen. Die Folgen für die Bevölkerung wären katastrophal.

Wir fühlen uns verpflichtet, die Not leidende Bevölkerung zu unterstützen. Gerade jetzt braucht es uns. Swissaid unterstützt in Niger seit vielen Jahren Bauernfamilien mit Agrarökologie und stärkt die

Frauen in ihren Rechten. Zusätzlich braucht es jetzt Nothilfe: Im August versorgen wir in den Regionen Dosso und Tillabéry mehr als 1000 Familien mit Lebensmittelpaketen, die Nahrungsmittel wie Hirse, Reis, Öl und Salz enthalten. Die Familien werden auch mit Gutscheinen im Wert von 100 Franken unterstützt, damit sie sich auf dem lokalen Markt mit Grundnahrungsmitteln eindecken können. So kann auch in diesem schwierigen Moment zumindest ein Minimum ihrer Bedürfnisse zum Leben gedeckt werden – in der Hoffnung, dass die lokale Wirtschaft in den Dörfern weiter funktionieren wird.

Mahamane Rabilou Abdou ist Leiter des Swissaid-Büros in Niger.

## Diese Anklage ist essenziell für die US-Demokratie

Noch nie hat ein einzelner Mensch den USA so viel Schaden zugefügt wie Donald Trump.

Christian Zaschke

Donald Trump ist nicht allein für die Spaltung der USA verantwortlich, doch er ist ein wesentlicher Faktor. Er ist nicht allein verantwortlich für die Radikalisierung im Land, für die Unversöhnlichkeit allerorten, doch er ist eine treibende Kraft.

Trump war lange ein Geck am äusseren Rand der Geschichte. Ein Immobilienhändler und ein Protagonist im Reality-TV. Als er im Juni 2015 ankündigte, er wolle Präsident der USA werden, war er immer noch eine komische Figur. Bis er wurde, was er ist.

Die aktuelle Anklage des Sonderermittlers Jack Smith ist eine Ungeheuerlichkeit. Sie bezichtigt einen früheren Präsidenten der USA, die Grundlagen der Demokratie aktiv untergraben zu haben. Sie bezichtigt Trump, der erste US-Präsident zu sein, der einen Putsch versucht hat.

Trump hat versucht, die Regeln der Demokratie ausser Kraft zu setzen – wie genau? Von all den Anklagen gegen Trump ist das diejenige, die am schwersten wiegt. Es ist aber auch diejenige, die am schwierigsten zu beweisen sein wird. Dass er eine moralische Mitschuld am Sturm auf den Kongress am 6. Januar 2021 trägt, bestreiten nicht einmal führende Republikaner auf dem Capitolshügel. Doch kann er juristisch belangt werden?

Ganz gleich, wie das Verfahren ausgeht: Es ist wichtig für die amerikanische Demokratie, dass Trump angeklagt wird. Es ist wichtig, dass es einen Prozess gibt. Womöglich kommt am Ende dabei heraus, dass er juristisch nicht belangt

werden kann. Dann hat der Rechtsstaat gesprochen.

Es ist jedoch bedeutsam, dass ausgeleuchtet wird, was genau Trumps Rolle im Zusammenhang mit diesem 6. Januar war, an dem er vor aller Augen einen Mob dazu angestachelt hat, das Capitol zu stürmen. Diese Tatsache ist unbestritten, ob sie strafbar ist oder nicht. Es ist bedeutsam, dass ermittelt wird, wie genau Trump versucht hat, die Regeln der Demokratie ausser Kraft zu setzen, weil er seine Wahlniederlage nicht akzeptieren wollte.

Nicht zuletzt ist das Verfahren deshalb essenziell, weil der Wahlgegner Trump viele Epigonen im Land gefunden hat. Republikanische Kandidatinnen und Kandidaten behaupten mittlerweile gern, nachdem sie freie und offene Wahlen verloren haben, es müsse sich um Betrug handeln. Die frühere Fernsehmoderatorin Kari Lake aus Arizona ist dafür das beste Beispiel. Sie verneint ihre Niederlage bei den Gouverneurswahlen des Bundesstaates im Jahr 2022 bis heute so hartnäckig, dass sie mittlerweile als mögliche Vizepräsidentin unter Trump gilt. Wohl-gemerkt: allein auf Grundlage einer beharrlich vorgetragenen Lüge von einer angeblich verlorenen Wahl.

Bisher haben Trump die Anklagen genützt. Er hat Millionen Dollar an Spenden eingenommen, weil er sich als verfolgte Unschuld darstellen kann, und seine von allem unbeirrte Basis hat sich daher noch deutlicher zu ihm bekannt. Dass die selbst ernannten Top-Republikaner nicht die Kraft, nicht den Mut finden, ihren womöglich kriminellen Anführer in seine Schranken zu weisen, ist dabei Teil der Misere.